



(Aufn. B. Braun)

Parteien und Massenorganisationen für die Verwirklichung unserer Gesetzgebung gewinnen. Während die Hickmänner uns mit ihrer Adenauerschen „Neutralitätspolitik“ torpedierten, zeretzte der CDU-Großbauer Häntzschel unser Landarbeiterschutzgesetz und sein Kumpan Dr. Schöne belog die Bauern mit den angeblichen Kollektivierungsabsichten der SED. Man kann aber nicht behaupten, daß diese Banditen so da obenhin plätscherten; sie trieben eine ziemlich handfeste Agententätigkeit. Deshalb wollen wir, daß sich die gemeinsamen Funktionärkonferenzen ganz konkret festlegen auf die Durchführung des Landarbeiterschutzgesetzes, den Volkswirtschaftsplan, das Gesetz zur Verbesserung der Volksernährung und das Jugendförderungsgesetz. Wir sind überzeugt, daß bei richtiger Erläuterung dieser Gesetze manchen Funktionären der CDU und LDP, die bisher noch schwankten, ein Licht aufgehen wird über die Verbrechen ihrer Hickmänner. Durch unser gemeinsames Handeln im Sinne der fortschrittlichen Gesetzgebung wird die Bevölkerung die Maßnahmen im Interesse unseres werktätigen Volkes guthießen und Vertrauen zur Blockarbeit gewinnen. Die Tatsachen werden beweisen, daß es besser wird, wenn wir gemeinsam handeln, und daß es zum Schaden des Volkes gereicht, wenn wir gegeneinander auf treten. Unsere Politik ist also klar und für die Massen überzeugend.

Eine unklare Entscheidung

Bisher haben nur wenige dieser gemeinsamen Funktionärversammlungen stattgefunden. Die Entschließung des Landesblockes Sachsen vom 13. Februar 1950 scheint an einer klaren Entscheidung vorbeigegangen zu sein. Dort wird im Punkt 1 die Stellung zu den Reaktionären aufgezeigt, und in Punkt 2 eine „höhere Ebene“ der Blockpolitik durch die „gemeinsamen Ziele, ohne die Parteipolitik in den Vordergrund zu stellen“, beschlossen. In Punkt 3 fordert man die Blockausschüsse im Lande auf, „gemeinsame Funktionärversammlungen durchzuführen...“, um die gemeinsamen Aufgaben zur Festigung der Deutschen Demokratischen Republik mit größerer Kraft als bisher zu lösen...“

Ich meine, daß es besser gewesen wäre, der Landesblock hätte den Blockausschüssen konkret gesagt, was die gemeinsamen Aufgaben sind, damit keine Unklarheiten mehr bestehen. Durch die allgemeinen Erklärungen schaffen wir den Parteien und Massenorganisationen kein Arbeitsprogramm, gestatten den Politikern mit der englisch-amerikanischen Krankheit, den Biedermann zu spielen, und gewinnen bei den Massen, weil es eine Sache ist, „die da oben“ ausgetragen wird, kein Vertrauen. Wenn wir die Düngemittelverordnung und das Gesetz zur Verbesserung der Volksernährung erläutern, den Volkswirtschaftsplan konkretisieren und den Landesregierungen, den Kreisverwaltungen und der Bevölkerung die Aufgaben darlegen, die Jugend durch die Sicherstellung der Maßnahmen zur Durchführung des Jugendgesetzes ansprechen — dann wird die Arbeit des Blocks Interesse und Vertrauen bei den Massen

finden, weil wir uns mit den Sorgen unseres Volkes befassen und den Ausweg zeigen. Die Menschen werden dann verstehen, daß Parteiopposition zur Verschlechterung und gemeinsames Handeln der Parteien zur Verbesserung der Lebenslage führt.

Fruchtbare Zusammenarbeit

Im Kreise Greiz in Thüringen begannen bereits am 12. Februar 1950 die gemeinsamen Funktionärkonferenzen mit folgender Tagesordnung:

Es referierten über:

den Landwirtschaftsplan	ein Vertreter der DBD,
den Volkswirtschaftsplan	ein Vertreter der SED,
die Nationale Front	ein Vertreter der CDU,
das Jugendgesetz	ein Vertreter der FDJ.

Diese gemeinsamen Funktionärkonferenzen fanden für mehrere Gemeindeblockausschüsse zusammen statt. Es wird nun die Aufgabe sein, in allen Gemeinden die Konferenzen mit einer weniger reichhaltigen Tagesordnung durchzuführen. Das hat den Vorteil, daß die lokalen Verhältnisse besonders eingehend besprochen werden können.

Im Stadtkreis Zwickau kamen 200 Funktionäre der Blockparteien und Massenorganisationen zusammen, wobei ein Vertreter der NDP über die schon erwähnten Gesetze der Regierung referierte. Es ist klar, daß das nicht ein Referent tun kann oder nur oberflächlich tun darf. Man soll keine unangebrachte Hast an den Tag legen, sondern für eine gründliche Erläuterung der Gesetze sorgen.

Die Diskussion in Zwickau war sehr lebhaft. Es beteiligten sich die Vertreter aller Parteien und Organisationen daran. Herr Franke von der LDP gab bekannt, daß der Reaktionär Dietz seine Funktion niedergelegt habe; die LDP im Kreis Zwickau würde nun mehr denn je an der Erfüllung unserer gemeinsamen Aufgaben mitarbeiten. Zum Volkswirtschaftsplan sagte er, daß er der einzig richtige Weg zur Gesundung Deutschlands sei. Herr Theiß (CDU) schilderte, wie der Kampf gegen die Reaktionäre in der CDU geführt werden muß, die mit Adenauer liebäugeln, und betonte die Notwendigkeit der Freundschaft zur stärksten Friedensmacht, der Sowjetunion. Der Vertreter der VdgB, ein Bauer, der sein Ablieferungssoll weit übererfüllt hat, schilderte die großen Erfolge, die wir beim Aufbau unserer Wirtschaft schon erzielt haben.

Ziehen wir eine Bilanz: Mit den Hickmännern konnte kein gedeihliches Arbeiten erzielt werden, weil sie unsere Initiative, die Initiative aller fortschrittlichen Menschen, immer wieder bremsen. Für sie war der Marshallplan die politische Linie. Jetzt aber treten Vertreter der CDU auf, wie auch in einer Funktionärkonferenz des Blocks in Cottbus, und erklären: Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes ist nicht Sache einer Partei, im Gegenteil, es ist Sache aller Parteien, den Plan vorfristig zu erfüllen. „Ob CDU, SED, NDP oder Parteilose“, sagte eine CDU-Funktionärin in Cottbus, „für jeden darf es nur eine Lösung geben: den Volkswirtschaftsplan vorzeitig zu erfüllen, um uns allen das bessere Leben zu schaffen.“ Das sind doch wesentlich andere Töne, als das dauernde giftige Gezische der Adenauerpolitiker.

In den gemeinsamen Funktionärkonferenzen werden wir für alle überzeugend den Nachweis führen, daß die amerikanische Adenauerpolitik Deutschland auf den Hund bringt, wie das Wachsen der Arbeitslosigkeit im Westen zeigt. Wir führen den Nachweis, wie diese Verelendungspolitik Deutschland in einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion führt und daß die Reaktionäre in den bürgerlichen Parteien sich dieser kriegstreiberischen Verbrechen an unserem Volke schuldig machen. An Hand unserer Pläne und Gesetze führen wir den Nachweis, wie gemeinsames Handeln zur Verbesserung unserer Lebenslage und zur Festigung der Demokratie und des Friedens führt. Das soll der Sinn und das Ziel dieser gemeinsamen Funktionärkonferenzen sein.